

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Soziales, Integration und Prävention** der Stadt Burgdorf am **15.11.2018** im Ratssaal des Schlosses, Spittaplatz 5

18.WP/A-SIP/007

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:08 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend: **Vorsitzender**

Knauer, Detlef

Mitglied/Mitglieder

Alker, Sonja

Braun, Jens

Kaever, Volkhard, Dr.

Köneke, Klaus (**bis TOP 6**) (für Birgin, Gurbet)

Meyer, Andreas (**bis TOP 7**)

Nijenhof, Rüdiger (für Gottschalk, Niklas)

Perkun, Katrin

Schrader, Karl-Ludwig (für Neitzel, Beate)

Beratende/s Mitglied/er

Fronia, Imke

Müller, Astrid

Röttger, Fritz

Schulze, Michael

von Oettingen, Gero

Wieker, Ursula

Wirz, Angelika

stellv. Beratende/s Mitglied/er

Rumpf, Dr. Eberhard

Gast/Gäste

Nickel, Michael (Polizeidirektion Hannover)

Verwaltung

Borrmann, Thomas

Kegel, Jan

Kugel, Michael

Pape, Petra

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
 2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Prävention am 08.03.2018
 3. Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 3.1. Protokoll "Runder Tisch - Einrichtung eines Behindertenbeirates in der Stadt Burgdorf" vom 19.04.2018
Vorlage: M 2018 0586
 4. Antrag der Fraktion FreieBurgdorfer, Herrn Nijenhof, zum Thema "Zuhause Sicher"
Vorlage: A 2018 0753
 5. Betriebsabrechnung ‚Flüchtlingsunterkünfte 2016‘
Vorlage: BV 2018 0520
 6. Antrag des Burgdorfer Mehrgenerationenhauses auf Finanzierung gesellschaftlicher Arbeit in Burgdorf
Vorlage: BV 2018 0751
 7. Kooperationsprojekt "Nachbarschaftstreff" im Ostlandring
Antrag des Kinderschutzbundes auf Finanzierung von Personalstellen, Overhead- und Sachkosten für das Haushaltsjahr 2018
Vorlage: BV 2018 0754
 8. Entwurf Haushaltssatzung 2019 / 2020
Vorlage: BV 2018 0714
 9. Entwurf Investitionsprogramm 2019/2020
Vorlage: BV 2018 0715
 10. Entwurf Stellenplan 2019/2020
Vorlage: BV 2018 0716
 11. Anfragen lt. Geschäftsordnung
 12. Anregungen an die Verwaltung
- Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Vorsitzende, **Herr Knauer**, eröffnete die Sitzung. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest. Frau Birgin und Frau Neitzel seien entschuldigt.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Prävention am 08.03.2018

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Prävention fasste mit 6 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Prävention vom 08.03.2018 wird genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

**3.1. Protokoll "Runder Tisch - Einrichtung eines Behindertenbeirates in der Stadt Burgdorf" vom 19.04.2018
Vorlage: M 2018 0586**

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Prävention nahm das Protokoll des „Runden Tisches – Einrichtung eines Behindertenbeirates in der Stadt Burgdorf“ vom 19.04.2018 einstimmig zur Kenntnis.

**4. Antrag der Fraktion FreieBurgdorfer, Herrn Nijenhof, zum Thema "Zuhause Sicher"
Vorlage: A 2018 0753**

Herr Nijenhof erläuterte kurz, dass der vorliegende Antrag in der Sitzung für Soziales, Integration und Prävention vom 20.11.2017 abgesetzt und vertagt worden sei, um den Ausschussmitgliedern durch einen Vertreter der Polizei die Vorteile und Tätigkeiten des Netzwerkes „Zuhause sicher“ vorstellen zu lassen.

Herr Nickel, Polizeihauptkommissar bei der Polizeidirektion Hannover im Bereich der Technischen Prävention, stellte dem Ausschuss für Soziales, Prävention und Integration ausführlich die Arbeit und Aufgaben des Netzwerkes „Zuhause sicher“ vor. Auf Initiative von Polizeibehörden hin entstand diese Organisation als Verbund verschiedener Öffentlicher Institutionen, Handwerksbetriebe und Unternehmen 2005 in Nordrhein-Westfalen, um für Sicherheit in Häusern und Wohnungen zu sorgen. Die Mitgliedschaft für Kommunen sei kostenlos und habe gleichwohl einen „abschreckenden“ Einfluss auf Einbrecher, wie auch eine beruhigende Wirkung auf die Bewohner. Dieser Service der fachgerechten Kontrolle sowie handwerklichen Umsetzung wurde bereits in 1430 Objekten mit der Präventionsplakette erfolgreich umgesetzt. Nur in drei dieser Häuser gebe es dokumentierte Einbrüche. Ein Restrisiko lasse sich nicht verhindern.

Frau Alker und **Herr von Oettingen** sahen keine Bedenken gegenüber einer Mitgliedschaft der Stadt Burgdorf im Netzwerk „Zuhause sicher“.

Herr Knauer äußerte ebenfalls Zustimmung seiner Fraktion. Er sehe es eher als interessantes Programm für Eigenheimbesitzer, weniger für Mieter. Außerdem bezeichnete er das Programm als gute Werbemöglichkeit für Handwerker und die Versicherungswirtschaft. Es sei wichtig, das allgemeine Bewusstsein der Bevölkerung im Bereich der Prävention zu schärfen.

Auch **Herr Schrader** bedankte sich für den interessanten Vortrag und signalisierte seine Zustimmung.

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Prävention fasste einstimmig

folgenden empfehlenden

Beschluss:

Die Stadt Burgdorf tritt dem Netzwerk „Zuhause sicher“ bei.

5. Betriebsabrechnung ‚Flüchtlingsunterkünfte 2016‘

Vorlage: BV 2018 0520

Herr Kugel gab den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales, Integration und Prävention einen kurzen Einblick in die derzeitige Belegungssituation in den Burgdorfer Flüchtlingsgemeinschaftsunterkünften. Die mögliche Belegung in der Unterkunft „Friederikenstr. 43“ wurde, wie seitens der Region gefordert, um 25 Plätze reduziert. Die Unterkunft „Friederikenstr. 29“ weist im Vergleich deutlich höhere Unterkunfts-kosten vor, wie auch **Herr Köneke** bemerkte. Daher werde nach Auslauf des 5-jährigen Mietvertrages im Jahre 2021 derzeit eine weitere Belegung ausgeschlossen. Die weiteren Unterkünfte seien aktuell gut ausgelastet. Auch in der bald erscheinenden Abrechnung des Jahres 2017 werde ein Kostendeckungsgrad von etwa 80% erreicht, welcher in den kommenden Jahren noch steigen werde.

Beschlussvorschlag:

Bei 9 Ja-Stimmen wurde die „Betriebsabrechnung Flüchtlingsunterkünfte 2016“ einstimmig von den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales, Integration und Prävention zur Kenntnis genommen.

6. Antrag des Burgdorfer Mehrgenerationenhauses auf Finanzierung gesellschaftlicher Arbeit in Burgdorf

Vorlage: BV 2018 0751

Herr Strecker, Vereinsvorsitzender des Burgdorfer Mehrgenerationenhauses, stellte dem Ausschuss für Soziales, Integration und Prävention ausführlich die Arbeit und Angebote des Burgdorfer Mehrgenerationenhauses vor. Besonders hervorzuheben seien die 15 parallel laufenden Sprachkurse mit unterschiedlichen Qualifizierungsstufen, zwei Jugendkurse mit dem Ziel Hauptschulabschluss und die beiden Mutter- und Kind- Kurse. Aktuell werden 377 Kinder an verschiedenen Schulen begleitet. Ebenso wurden 44 Fälle erfolgreich bei der Wohnungssuche unterstützt. Nun wolle das Mehrgenerationenhaus in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter die Flüchtlinge bei der Suche nach Arbeit effektiver unterstützen. Ab dem nächsten Jahr bündelt das Jobcenter diese Aufgabe bei einem Träger für die vier Kommunen Burgdorf, Lehrte, Sehnde und Uetze. Ein Zuschlag stehe allerdings noch aus.

Herr Nijenhof gab zu bedenken, dass der Zuschlag bei den angesprochenen Maßnahmen des Jobcenters noch nicht erfolgt sei. Daher sollte der Zuschuss des beantragten Förderbetrages in Höhe von 14.400,00 € (dieser Betrag ist als Eigenanteil vorgesehen und beziehe sich auf alle vier Kommunen) vorbehaltlich eines entsprechenden Zuschlages sowie vorbehaltlich der Genehmigung der Haushaltssatzung durch die Region Hannover erfolgen. Ebenfalls sei klar, dass eine Kostenbeteiligung durch die drei weiteren Kommunen erreicht werden müsse. Zur Sitzung des Verwaltungsausschusses am 11.12.2018 sollten hierzu

Entscheidungen vorliegen.

Nach kurzer Diskussion in Bezug auf den anstehenden Doppelhaushalt informierte **Herr Kugel**, dass für den Haushalt 2019/2020 ein Titel von 140.000 € angemeldet worden sei. Der vorliegende Antrag des Mehrgenerationenhauses könne für 2019 und 2020 daraus bedient werden. Eine Beantragung für beide Jahre sei daher nicht zwingend nötig. Dies gelte ebenfalls für den Antrag des Nachbarschaftstreffs.

Herr von Oettingen lobte die hervorragende Arbeit des Burgdorfer Mehrgenerationenhauses und **Herr Nijenhof** berichtete, dass es im Sozialministerium als vorbildlich für Niedersachsen angesehen werde.

Frau Alker bat um Erläuterung, wie die Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die Grundschulen gelinge, die Fahrtkosten finanziert werden und warum Kinder ohne deutsche Sprachkenntnisse teilweise am Bahnhof allein gelassen werden. Außerdem sei interessant zu wissen, wie sich die betreuten Flüchtlinge auf die Ortsteile verteilen.

Frau Wieker führte hierzu aus, dass bereits 18 Schülerinnen und Schüler auf die Grundschule Otze und die Astrid-Lindgren-Grundschule verteilt wurden. Es sei eine positive Wahrnehmung in den sozialen Gefügen zu spüren. Die Situation in Otze betreffe allerdings alle Kinder, nicht nur Geflüchtete. Es werden bereits begleitete Fahrten angeboten und Bustickets seitens der Region Hannover finanziert. Weiterhin werde dem Protokoll eine Übersichtskarte der Standorte betreuter Flüchtlinge beigelegt (**als Anlage 1 beigelegt**).

Bei einer Nein-Stimme und 8 Ja-Stimmen fasste der Ausschuss für Soziales, Integration und Prävention zum Abschluss der Diskussion folgenden empfehlenden

Beschluss:

Vorbehaltlich der Genehmigung der Haushaltssatzung durch die Region Hannover erhält das Mehrgenerationenhaus Burgdorf zur Finanzierung seiner Aufgaben gemäß Antrag für das Jahr 2019 einen Zuschuss in Höhe von 58.689,60 €; ein Teilbetrag von 3.800,00 € wird ausgezahlt, sobald das Mehrgenerationenhaus den Zuschlag für die Durchführung der Maßnahme nach § 17 Sozialgesetzbuch II erhält.

**7. Kooperationsprojekt "Nachbarschaftstreff" im Ostlandring
Antrag des Kinderschutzbundes auf Finanzierung von Personalstellen,
Overhead- und Sachkosten für das Haushaltsjahr 2018
Vorlage: BV 2018 0754**

Frau Jakobi stellte dem Ausschuss für Soziales, Integration und Prävention kurz die Angebote und Tätigkeitsfelder des Nachbarschaftstreffs vor. Die mittlerweile zwei angemieteten Wohnungen seien auch ohne aktive Werbung gänzlich ausgelastet. Die vielfältigen Angebote werden von immer mehr Personen, inzwischen auch aus verschiedenen Stadtteilen, im Alter von 0-83 Jahren wahrgenommen. Auch die Kooperation mit der Diakonie Burgdorf sei von Vorteil im Bereich der verschiedenen Betreuungs- und Beratungsangebote. Nach Aussage Frau Jakobis arbeiten im Nachbarschaftstreff zwei hauptamtliche Mitarbeiterinnen sowie 45 Ehrenamtliche und zwei weitere Teilzeitkräfte, die über den Kin-

derschutzbund angestellt seien.

Herr Knauer bedankte sich für die Arbeit des Nachbarschaftstreffs, den er weiterhin als fest im Stadtteil verankert ansehe, der sich aber dennoch für Personen aus allen Stadtteilen offen darstelle.

Bei einer Nein-Stimme und 7 Ja-Stimmen fasste der Ausschuss für Soziales, Integration und Prävention folgenden empfehlenden

Beschluss:

Vorbehaltlich der Genehmigung der Haushaltssatzung durch die Region Hannover erhält der Deutsche Kinderschutzbund, Ortsverband Burgdorf e.V., für das Haushaltsjahr 2019 einen Zuschuss in Höhe von 62.240,00 € für das Kooperationsprojekt Nachbarschaftstreff im Ostlandring.

**8. Entwurf Haushaltssatzung 2019 / 2020
Vorlage: BV 2018 0714**

Herr Borrmann ging auf die für den Ausschuss wichtigen Produkte ein.

Herr Nijenhof erfragte beziehungsweise auf die im Finanzplan des Jahres 2021 falsch dargestellten Salden, wie sich dieser Fehlbetrag erkläre.

Antwort über das Protokoll:

Die Gebäudewirtschaftsabteilung hat die Ansätze für die Aufwendungen angepasst.

Zum Teilhaushalt 31502 „Gleichstellungsrelevante soziale Einrichtungen“, Produktkonto 31502.431800 „Zuschüsse an übrige Bereiche“, trug **Frau Pape** vor, dass für die AWO Frauenberatungsstelle eine vertragliche Verpflichtung mit einem Festbetrag von 5.000 € für die kommenden 2 Jahre besteht. Zurzeit arbeitet die Region an einem Beratungsstellenkonzept. Zukünftig soll es einen Mindeststandard für alle durch die Region geförderten Frauenberatungsstellen geben. Für Burgdorf werden zusätzliche Kosten erwartet.

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Integration und Prävention nahmen den Entwurf der Haushaltssatzung 2019/2020 bei 2 Enthaltungen und 5 Ja-Stimmen zur Kenntnis.

**9. Entwurf Investitionsprogramm 2019/2020
Vorlage: BV 2018 0715**

Herr Kugel erklärte, dass im Investitionsprogramm 2018 keine Maßnahmen enthalten seien, die der Ausschuss für Soziales, Integration und Prävention zu beraten hätte.

**10. Entwurf Stellenplan 2019/2020
Vorlage: BV 2018 0716**

Herr Kugel informierte die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Integration und Prävention über einzelne Veränderungen des Stellenplans 2019. So werde

in der Sozialabteilung der Bedarf an einer Stelle des/der stellvertretenden Abteilungsleiters/in (A10) entstehen. Im Gegenzug entfalle 2021 eine entsprechende Stelle (S12).

Außerdem werde auch im Hinblick auf den Fachkräftemangel vorgeschlagen, die vier Stellen der Flüchtlingssozialarbeit (S12) bereits jetzt zu entfristen. Derzeit seien die Verträge bis Ende der Jahre 2020/2021 befristet. Aufgaben in Bereichen der Integration werden perspektivisch auch weiterhin bestehen. Große Beträge in diesem Bereich werden zudem von der Region Hannover erstattet.

Herr Knauer, Herr Nijenhof und **Herr Röttger** zeigten sich mit einer Entfristung einverstanden.

Herr J. Braun bat um weitere Erläuterung, warum die erst 2020/2021 auslaufenden Verträge bereits jetzt entfristet werden müssen.

Herr Kugel erklärte, dass man zu der Erkenntnis gelangen sei, Integration nicht innerhalb von fünf Jahren abarbeiten zu können. Eine zeitnahe Entfristung trage dazu bei, die Perspektive der eingearbeiteten Mitarbeiter zu erhöhen, aufgebaute Netzwerke nicht zu zerstören und eventuellen Wechselgefahren vorzubeugen. Außerdem sei es möglich, die Mitarbeiter anderweitig einzusetzen.

Herr Schrader teilte im Namen von **Frau Birgin** (Fragen 1-3) und **Herrn Köneke** (Frage 4) verschiedene Anfragen bezüglich des Stellenplanes mit:

1. **Welche Ergebnisse haben die Flüchtlingssozialarbeiter bei der Flüchtlingssozialarbeit erzielt?**
2. **Wie viele der betreuten Flüchtlinge sind integriert (Arbeit/eigene Wohnung/Vereine)?**
3. **Wie lange ist eine pädagogische Betreuung erforderlich, nachdem die Flüchtlinge vollständig integriert sind?**
4. **Können die Sozialarbeiter tatsächlich in anderen Bereichen eingesetzt werden?**

Herr Knauer und **Herr Kugel** erachteten eine Beantwortung der Nachfragen grundsätzlich für schwierig.

Antwort über das Protokoll:

Die Flüchtlingssozialarbeit hilft erwachsenen Flüchtlingen und ihren Familien aus unterschiedlichen Herkunftsländern in den Bereichen des täglichen Lebens selbstständig zu handeln. Hauptsächlich werden Beratung und Unterstützung bei der Arbeitssuche, der Gesundheitsfürsorge und bei Behördengängen geleistet.

1. Es ist nicht möglich, Ergebnisse der Flüchtlingssozialarbeit zu messen. Es werden vielfältige Angebote vorgehalten bzw. vermittelt, wobei es jedem Flüchtling überlassen ist, ob er diese annimmt.
2. Statistiken über integrierte Flüchtlinge werden nicht geführt. Integration ist von Fall zu Fall unterschiedlich zu bewerten. Die in der Frage genannten Kriterien sind bei den Personen sehr unterschiedlich erfüllt. Im Übrigen werden auch nicht anerkannte Flüchtlinge betreut.
3. Derzeit gehen wir von einer 5-jährigen intensiven Begleitung aus.
4. Sozialarbeiter könnten bei entsprechenden verfügbaren Stellen auch in den Bereichen der Jugendhilfe, der Jugendpflege und auch in Kindertagesstätten eingesetzt werden.

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Integration und Prävention nahmen den Entwurf des Stellenplanes 2019/2020 bei einer Enthaltung und 6 Ja-Stimmen zur Kenntnis.

11. Anfragen lt. Geschäftsordnung

Es lagen keine Anfragen vor.

12. Anregungen an die Verwaltung

Es lagen keine Anregungen vor.

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

Geschlossen:

Stadtrat

Ausschussvorsitzender

Protokollführer